

Newsletter 5/2015



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

kurz vor den Sommerferien ist in dieser Woche der Landtag NRW erneut zusammengekommen. Ich möchte Sie daher wie gewohnt über die aktuellen Themen im Landtag informieren.

Mehr Geld für Flüchtlinge im Nachtragshaushalt

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am Mittwoch abschließend über den Nachtragshaushalt 2015 debattieren. Darin enthalten sind auch Mehrausgaben in Höhe von 206 Millionen Euro. Dieses Geld wird vor allem für eine verbesserte Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sowie für 807 neue Stellen eingesetzt. Der größte Teil (792) sind Planstellen für Lehrer. Sie werden für das angemessene Unterrichten von Flüchtlingskindern gebraucht. Außerdem besteht ein erheblicher Mehrbedarf an Unterbringungsplätzen: Es werden zusätzlich 10.000 Plätze in zentralen Unterbringungseinrichtungen geschaffen, 4.500 in Erstaufnahmeeinrichtungen und 2.000 in Notunterkunftseinrichtungen. 166,5 Millionen Euro werden für die verbesserte Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen eingesetzt.

Da die Landesregierung gleichzeitig mit Mehreinnahmen von rund 211 Millionen Euro rechnet, muss die Neuverschuldung nicht erhöht, sondern kann sogar leicht gesenkt werden.

Drucksache [16/8650](#) (Gesetzentwurf), **[16/9000](#)** (Beschlussempfehlung)

Flüchtenden Menschen weiter helfen

Mit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien wurden viele Menschen von dort vertrieben oder mussten fliehen. Nordrhein-Westfalen hat bereits frühzeitig Verantwortung übernommen und durch die Landesaufnahmeprogramme gemeinsam mit anderen Ländern einen Weg eröffnet, dass Familien ihre Angehörigen auf legalem Weg nach Deutschland kommen lassen können. Inzwischen liegen etwa 31.500 Anträge vor, die kontinuierlich abgearbeitet werden. Mehr als 1.700 syrische Flüchtlinge konnten bisher nach NRW einreisen, mehr als 6.000 Visa sind inzwischen erteilt worden. Voraussetzung für die Aufnahme der Flüchtenden über das Landesaufnahmeprogramm ist die Verpflichtungserklärung der Familien oder Dritter, für den Lebensunterhalt der aufzunehmenden Person aufzukommen. Ausgenommen sind nur Krankheitskosten, was die Verpflichtungsgeber deutlich entlastet. Dennoch hat sich gezeigt, dass die dauerhafte Übernahme der Kosten des alltäglichen Lebens für die Verwandten für viele Verpflichtungsgeber eine hohe finanzielle Belastung bedeutet. Viele Menschen, die über das Landesaufnahmeprogramm gekommen sind, haben daher einen Antrag als Asylberechtigter gestellt.

Deshalb haben die Fraktionen von SPD und Grüne am Donnerstag einen Antrag ins Plenum einbringen, der die Rechtsauffassung der Landesregierung unterstützt. Diese vertritt gemeinsam mit der Mehrheit der Sozialminister der Länder und in Überein-

stimmung mit der Rechtsprechung die Auffassung, dass die Verpflichtungserklärung auf die Zeit begrenzt werden soll, bis der Asylantrag genehmigt ist oder die Person als Flüchtling anerkannt wurde.

Drucksache [16/8986](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Zusätzliche Mittel für die Flüchtlingshilfe

Balve, Hemer, Menden, Plettenberg und Neuenrade erhalten vom Bund insgesamt 888.000 Euro zusätzliche Hilfen in 2015 aus dem Finanzpaket „Entlastungsmittel Bund II“ für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Das ist ein starkes Zeichen der Solidarität mit den Flüchtlingen und den Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Die Versorgung von Flüchtlingen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Wir wollen die Willkommenskultur, nicht dadurch gefährden, dass freiwillige kommunale Leistungen bei Bildung, Freizeit und Kultur gestrichen werden müssen. Das Land wird die neue Soforthilfe des Bundes deshalb in vollem Umfang an die Kommunen in NRW weiterleiten, wobei die Hälfte – also 54 Millionen Euro – aus Landesmitteln an den Bund zurückgezahlt werden muss.

- Von den zusätzlichen 108 Millionen Euro an Entlastungsmitteln für NRW erhält **Balve** 87.895 Euro, wodurch Balve mit diesem zusätzlichen Betrag insgesamt 306.754 Euro für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in 2015 erhält.
- **Hemer** darf sich über zusätzliche 214.939 Euro für die Flüchtlingshilfe freuen. Insgesamt erhält die Stadt Hemer über 750.448 Euro für die Unterbringung heimatloser Menschen.
- 324.952 Euro werden der Stadt **Menden** zugewiesen. So kommt Menden auf einen Betrag von über 1.134.550 Euro, die für die Flüchtlingshilfe eingesetzt werden.
- Einen zusätzlichen Betrag von 84.266 Euro erhält die Stadt **Neuenrade** im Jahr 2015 für die Flüchtlingshilfe. Das gesamte Budget hierfür steigt dadurch auf 294.210 Euro.
- **Plettenberg** bekommt eine zusätzliche Summe von 174.079 Euro. Somit stehen der Stadt Plettenberg mit diesem zusätzlichen Betrag insgesamt 607.788 Euro für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge zur Verfügung.

Wir sind mit diesen Soforthilfen für Flüchtlinge ein gutes Stück vorangekommen. Jetzt geht es darum, einen Vorschlag zur dauerhaften vollständigen Übernahme der Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zu besprechen. Dies hat der Bund jetzt zugesagt.

Drei größere Änderungen im Schulgesetz

Mit dem 12. Schulrechtsänderungsgesetz haben wir drei zentrale und aktuelle Themen im Schulgesetz bearbeitet. Zum einen handelt es sich um die Umsetzung der Regelungen nach dem Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG), zum anderen geht es um den Erwerb von Hauptschulabschlüssen an anderen Schulformen und als Drittes um ein geändertes Wahlverfahren für Schulleiter, dies forderte ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts.

Der Passus zum Kopftuchverbot wird gestrichen: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat entschieden, Lehrerinnen darf das Kopftuch nicht per se verboten werden. Ein Kopftuch kann im Einzelfall auch weiterhin verboten werden, wenn durch das Tragen der Schulfrieden gefährdet wird.

Außerdem gibt es eine Empfehlung der Bildungskonferenz für Kommunen, in denen es keine Hauptschule und keine integrative Schule mehr gibt. Dort können Schülerinnen und Schüler nun auch auf der Realschule ihren Hauptschulabschluss erwerben. Dafür muss zuvor ab der siebten Klasse ein entsprechender Bildungszweig an der Realschule eingerichtet werden. So sichern wir alle Bildungsgänge für unsere Schülerinnen und Schüler.

Die Fraktionen von SPD, Grünen und CDU ermöglichen mit ihrem gemeinsamen Antrag, der am Mittwoch im Plenum beschlossen wurde, auch eine breiter angelegte Suche nach einer geeigneten Besetzung vakanter Schulleiterstellen.

Drucksache [16/8441](#) (Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU und Grüne), **[16/8999](#)** (Beschlussempfehlung)

Gleichstellung der Ehe für alle

Gleichgeschlechtlichen Paaren bleibt die Ehe noch immer verwehrt. Das ist nicht nur eine symbolische, sondern vor allem eine konkrete Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität. Das Referendum zur „Ehe für alle“ in Irland hat eine neue Debatte in Europa und auch in Deutschland ausgelöst. Immer mehr Menschen wollen keinerlei rechtliche Einschränkungen mehr für gleichgeschlechtliche Paare. Drei Viertel der Menschen sprechen sich in unserem Land für die Gleichstellung aus. Dieser gesellschaftlichen Realität können wir uns nicht noch länger verschließen. Jetzt ist es an der Zeit, das nachzuholen, was in den vergangenen Jahren versäumt wurde. Nordrhein-Westfalen hat bei dieser geforderten gesellschaftlichen Entwicklung bereits eine Vorreiterrolle eingenommen. So hat die Landesregierung eine Entschließung im Bundesrat mit der Forderung der vollständigen Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit eingebracht. Eine Mehrheit im Bundesrat stimmte für diesen Entschließungsantrag. Somit hat sich der Bundesrat bereits für die völlige Gleichstellung homosexueller Partnerschaften ausgesprochen.

Mit unserem gemeinsamen Antrag „Ehe für alle – Volle Gleichstellung jetzt“ möchten die Koalitionsfraktionen den Druck auf die rückwärtsgewandten Kritiker in der Union erhöhen, damit diese ihre Blockadehaltung aufgeben.

Drucksache [16/8985](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Förderung von Freifunk für Kommunen in NRW

Die SPD-Fraktion in NRW fordert in einem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von Grünen und Piraten die nachhaltige Förderung von kostenfreiem Internet in ganz NRW. Dabei bietet die geplante Unterstützung von IT-Infrastruktur und die Bereitstellung von Landesliegenschaften zum Ausbau von privaten Freifunk-Initiativen eine große Chance. Wir fordern vor allem vom Bund, endlich auch Rechtssicherheit für private Betreiberinnen und Betreiber offener WLAN-Netze zu schaffen. Durch diese Bürgernetze könnten sich der digitale Alltag und das Arbeiten auch in unseren Kommunen weiter verändern. Ob arbeiten in der Innenstadt oder im Café, die Übertragung von Sendungen und einiges mehr – all das ist durch Freifunk möglich. Selbst

die Kommunikation bei Veranstaltungen mit vielen Menschen kann durch Freifunk-Netze vereinfacht, verbessert und ergänzt werden. Darüber hinaus ist ein öffentliches, frei zugängliches, flächendeckendes Internetangebot Katalysator für bürgerschaftliches Engagement vor Ort. Es fördert soziale Teilhabe für alle und ebenso kreative Ideen.

Drucksache [16/8970](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Neuer Klimaschutzplan für NRW

Der Klimaschutzplan ist das Ergebnis eines vierjährigen Diskussionsprozesses mit allen wichtigen Gesellschaftsgruppen in NRW. Die SPD-Fraktion hat dabei immer deutlich gemacht, dass sie eine Klimaschutzpolitik und einen Klimaschutzplan unterstützt, der die Lasten und Chancen bei der Minderung des Klimawandels fair zwischen den verschiedenen Akteuren verteilt. Der jetzt vorliegende Klimaschutzplan für NRW zeigt deshalb zahlreiche Möglichkeiten auf, wie sich klimafreundliches und sozial gerechtes Wirtschaften umsetzen lässt.

Vorlage [16/3020](#) (Entwurf der Landesregierung)

Gentechnikfreiheit in NRW weiter stärken

Die Äcker der Europäischen Union sind bisher weitgehend frei von gentechnisch veränderten Pflanzen. Dennoch nehmen weltweit die mit gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) bewirtschafteten Flächen weiter zu. In der EU gibt es deshalb eine Opt-out-Bestimmung. Das bedeutet, dass EU-Mitgliedstaaten für ihr Hoheitsgebiet Anbauverbote oder Beschränkungen für GVO-Pflanzen beschließen dürfen. Nach Einführung dieser Regelung plädieren wir in einem gemeinsamen Antrag mit der Fraktion der Grünen, die Anbauverbote flächendeckend bundesrechtlich zu regeln. Nachdem die EU den Weg für nationale Anbauverbote freigemacht hat, wäre es widersinnig, dies in einem Flickenteppich von Länderregeln umzusetzen. Darüber hat der Landtag am Donnerstag beraten.

Drucksache [16/8987](#) (Antrag der Fraktionen von SPD, Grüne und Piraten)

Weniger Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben am Mittwoch einen Antrag zur Qualitätssteigerung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Landtag eingebracht. Darin fordern sie die Landesregierung auf, sich für weniger Werbung bei ARD und ZDF einzusetzen. Gleiches wollen sie für das öffentlich-rechtliche Radio erreichen. Es ist an der Zeit, einen schrittweisen Werbeverzicht im Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu diskutieren und umzusetzen. Die zahlreichen Argumente für einen Ausstieg aus Werbung und Sponsoring sind laut Experten plausibel und sinnvoll - nun gilt es zu handeln.

Werbeunterbrechungen gehören im Fernsehen und Radio zum Alltag. Der private Rundfunk refinanziert so einen Teil seiner Ausgaben. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist die Finanzierung jedoch durch den Haushaltsbeitrag gesichert. Die Umstellung im vergangenen Jahr von einer geräte-bezogenen Gebühr auf das neue Haushaltsmodell verlief erfolgreich; seitdem sind Mehreinnahmen zu verbuchen. Deshalb ist es nun an der Zeit, einen Werbeverzicht im Programm des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anzustoßen. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen wurde 2012

der schrittweise Ausstieg aus Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vereinbart und im Jahr 2010 wurde die Forderung auf Länderebene durch eine Protokollerklärung zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag festgehalten. Auch in der Online-Konsultation der Landesregierung zur Novellierung des WDR-Gesetzes wurde vielfach der Ausstieg aus der Werbung gefordert.

Drucksache [16/8990](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Franziska Nitze hat für mich am Jugendlandtag teilgenommen



Am diesjährigen Jugend-Landtag hat die 16-jährige Werdohler Bürgerin Franziska Nitze für mich teilgenommen und dabei auf meinem Stuhl im Plenarsaal und in den Sitzungssälen platzgenommen.

Der Jugend-Landtag ist eine dreitägige Veranstaltung an der Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende oder junge Berufstätige teilnehmen können. Die Jugendlichen haben sich im Rahmen des Jugend-Landtags mit mehreren aktuellen Themen beschäftigt und die parlamentarischen Abläufe von Fraktionssitzungen über Ausschusssitzungen, öffentliche Anhörungen von Experten bis hin zur Plenarsitzung simuliert. Die Beschlüsse der „Jugend-Landtagsabgeordneten“ werden den realen Abgeordneten des Parlaments anschließend zur Kenntnis gegeben. Ziel ist es, durch „learning by doing“ die Jugendlichen über die parlamentarische Arbeit zu informieren und zu langfristigem politischen Engagement zu ermuntern.“

Für die nun anstehenden Sommerferien wünsche ich Ihnen schöne freie Tage und viel Zeit mit Ihren Familien und Freunden.

Viele Grüße aus Düsseldorf und bis demnächst

Ihre/eure